

*Top 1 Fortschreibung Regionalplan Gewerbe und Industrie  
Stellungnahme Armin Waldbüßer Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen/ödp/Linke im Regionalverband Heilbronn-Franken*

Sehr geehrter Herr Verbandsvorsitzender Scholz, sehr geehrter Herr Mandel, sehr geehrter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbandsverwaltung,

bevor ich mit unserer Stellungnahme beginne, möchte ich Dir lieber Joachim zu Deiner Wahl zum Bürgermeister der Gemeinde Schöntal (10. Mai) sehr herzlich gratulieren. Ich wünsche Dir viel Erfolg in Deiner neuen Aufgabe.

Sehr geehrter Herr Mandel, es steckt sehr viel Arbeit in der 18. Änderung der Regionalplanes in Bezug auf die Schwerpunkte Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen.

Herr Mandel, Sie und Ihr Team haben uns eine ausgewogene Fortschreibung vorgelegt.

Trotz unseres Unbehagens über den geplanten Flächenverbrauch stößt diese Änderung des Regionalplanes auch in unserer Fraktion überwiegend auf Zustimmung.

Wir haben die Vorlage der Verwaltung auf unserer letzten Fraktionssitzung intensiv diskutiert und hatten ursprünglich geplant einen Antrag zu stellen, die Verabschiedung ins Jahr 2021 zu verschieben, da wir nicht wissen welche wirtschaftlichen Folgen und Auswirkungen die Corona-Krise auf uns in der Region haben wird.

Nach einer Telefonkonferenz mit Ihnen Herr Mandel haben wir beschlossen, diesen Vertagungsantrag nicht zu stellen.

Dennoch ist es heute noch nicht abzusehen, welche wirtschaftlichen Folgen unsere Region treffen werden. Und man braucht kein Schwarzmaler zu sein, um zu prognostizieren, dass auch in unserer Region die eine oder andere Firma, die Corona Krise nicht überleben wird.

Der Flächenverbrauch in Deutschland ist nach wie vor extrem hoch.

Laut Bundesumweltministerium werden täglich noch rund 56 Hektar Fläche bebaut.

Dasselbe Ministerium hat als Zielvorgabe einen täglichen Flächenverbrauch von unter 30 Hektar je Tag bis zum Jahr 2030 vorgegeben.

Das ist rund die Hälfte dessen, was heute in Deutschland verbaut wird. In unserer Fraktion halten wir auch die rund 30 Hektar Flächenverbrauch ab 2030 noch für zu hoch.

Die Stellungnahmen der Umweltverbände und der Landwirtschaftsämter zur 18. Regionalplanänderung zeigen sehr deutlich:

Es gibt keine konfliktarmen Flächen mehr, auf denen man Gewerbe ansiedeln könnte.

Weitere Gewerbegebiete sind nur auf Kosten wertvoller landwirtschaftlich genutzter Flächen möglich.

Einen Flächenverbrauch für Gewerbe, Industrie, Verkehr und Siedlungsentwicklung wie in der Vergangenheit kann und darf es nicht mehr geben.

Wir fordern die Kommunen deshalb dazu auf, ihr Flächenmanagement zu optimieren, um mit den vorhandenen Flächen auszukommen.

Gewerbebrachen müssen reaktiviert werden, statt neue Gebiete zu erschließen. Lager- und Fertigungshallen sind mehrgeschossig statt eingeschossig zu bauen.

Parkplätze sollen auf Parkdecks statt auf Freiflächen realisiert werden. Vorhandene Gebäude können aufgestockt werden. Wohnungen können über Gewerbeimmobilien entstehen. Die Gemeinden sollten die Kontrolle über die Grundstücke behalten indem sie diese nicht mehr verkaufen, sondern sie den Nutzern per Erbpacht zur Verfügung stellen.

Diese wichtigen Überlegungen haben uns zu dem Antrag bewogen, dass wir die Zielvorgabe von 10 Jahren auf 20 Jahre verdoppeln sollten.

Wenn uns daran liegt, äußerst sparsam mit der Gut Boden umzugehen, müssen wir heute diese Zielvorgabe ändern. Ich bitte die Versammlung um Zustimmung zu unserem Antrag.

Inhaltlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir keine Änderungsanträge gestellt.

Aber wir möchten zu bedenken geben.

Der weitere Flächenverbrauch für Gewerbe in unserer Region führt zu weiteren Verknappung von Land.

Bedingt durch annähernde Vollbeschäftigung, werden die entstehenden Arbeitsplätze durch Zuzug von Menschen belegt, die wiederum Wohnraum benötigen, die Konsequenzen sind eine weitere Versiegelung und uns allen

bekannt.

Die vermehrte Gewerbesteuer führt nicht unbedingt zu mehr Netto- Einnahmen, da weitere Infrastruktur benötigt wird (KiGa, Schulen, Straßen etc.). Die Belastung durch Lärm, Umweltbeeinträchtigungen und Artenaussterben nimmt weiterhin zu. Wiederum andere Gegenden von Deutschland bzw. Europa werden noch mehr abgehängt.

Die Konsequenzen sind eine weitere Konzentrierung von den wirtschaftlich starken und wirtschaftlich schwachen Gegenden innerhalb der EU.

Das ist für den gesellschaftlichen und den zwischenstaatlichen Beziehungen Zusammenhalt von Deutschland und Europa nicht förderlich.

Die Mehrheit unserer Fraktion wird der 18. Änderung zustimmen, wenn unser Antrag eine Mehrheit findet die Zielvorgabe von 10 auf 20 Jahre zu erhöhen.

...